

Antrag

der Fraktion der FDP/DVP

Bürokratieabbau vorantreiben IV – Jetzt Notwehr ergreifen und insbesondere das Handwerk entlasten!

Der Landtag wolle beschließen,

I. festzustellen,

1. dass Baden-Württemberg unter einem Bürokratie-Kollaps leidet – zu viele Formulare, zu kleinteilige Berichtspflichten und zu umfangreiche Dokumentationsanforderungen ersticken die Wirtschaft, zerstören die Kreativität dieses Landes und nagen an der Basis unseres Wohlstands;
2. dass eine besonders hohe Belastung – gerade für kleine und mittelständische Unternehmen und insbesondere für Handwerksbetriebe – durch die Erfüllung von Statistikpflichten entsteht;
3. dass die gegenwärtige Situation besondere Maßnahmen erfordert – der Bürokratie-Kollaps ist eine Bedrohung für den Wohlstand von Baden-Württemberg, ein weiteres Herausögern von Gegenmaßnahmen ist verantwortungslos, stattdessen sind Maßnahmen der demokratischen Notwehr zu ergreifen;

II. die Landesregierung zu ersuchen,

1. umgehend eine Bundesratsinitiative zu starten, die alle Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern von sämtlichen Berichtspflichten der Amtlichen Statistik befreit – gerade kleinere Unternehmen müssen wieder mehr Zeit für ihren Betrieb haben und dürfen nicht in Papierarbeiten ersticken;
2. eine weitere Bundesratsinitiative zu starten, welche die Zählweise der Mitarbeiter bei den Schwellenwerten für Erhebungen der amtlichen Statistik von „Mitarbeiter nach Köpfen“ auf „Mitarbeiter nach Vollzeitäquivalenten“ umstellt – zahlreiche, gerade kleinere Unternehmen erreichen auch ohne betriebliches Wachstum höhere Schwellenwerte, weil sie in Zeiten von Arbeits- und Fachkräftemangel mehr Teilzeitmitarbeiter beschäftigen müssen, trotzdem aber noch typische kleine Unternehmen sind;
3. bis zur abschließenden Behandlung dieser Bundesratsinitiativen das Statistische Landesamt anzuweisen, sämtliche Statistikpflichten für Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern auszusetzen – dies ist ein Akt der demokratischen Notwehr, aber nur so lässt sich der Bürokratie-Kollaps in unserem Land beenden;
4. die Digitalisierungsprämie, eine der großen Erfolgsgeschichten innerhalb der Förderprogramme des Landes Baden-Württemberg, wieder als echte Mittelstandsförderung auszugestalten – dazu ist sie als reines Landesförderprogramm und nicht als Kredit nach Bankenstandards zu konzeptionisieren und insbesondere kleinere Unternehmen sind stärker zu unterstützen;
5. die Gültigkeit einer Präqualifizierung im „Amtlichen Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen (AVPQ)“ (einem Verzeichnis, welche notwendige Nachweispflichten für öffentliche Aufträge sammelt und dadurch Unternehmen die erneute Vorlage bei jedem Auftrag erspart) von einem auf zwei Jahre zu verlängern – dadurch müssen Unternehmen, welche sich um öffentliche Aufträge bemühen und dafür das Instrument der Präqualifizierung nutzen, nur noch alle zwei Jahre nachweise vorlegen und werden somit von umfangreichen bürokratischen Anforderungen entlastet;

6. die Nutzung öffentlicher Verkehrsflächen durch Unternehmen, beispielsweise für die Nutzung durch einen Leiterwagen zum Bäume schneiden oder im Rahmen von Baustellen, massiv zu vereinfachen – zum einen ist eine Bundesratsinitiative notwendig, welche § 45 und § 46 der Straßenverkehrsordnung dahingehend ändert, dass die Nutzung öffentlicher Verkehrsflächen bei kleinen Vorgängen (beispielsweise bei geringer Dauer und ohne signifikante Beeinträchtigung des Verkehrs) genehmigungsfrei stellt; zum anderen muss das Land eine digitale, idealerweise KI-gestützte Musterlösung entwickeln, welche Anträge zur Nutzung öffentlicher Verkehrsflächen automatisch prüfen und eine direkte Rückmeldung geben kann, und diese Lösung dann den Kommunen in Baden-Württemberg kostenfrei für ihre Genehmigungsprozesse anzubieten;
7. durch eine Novelle des Landeshochschulgesetzes (LHG) Beteiligungen an Start-ups durch Hochschulen signifikant zu erleichtern, insbesondere durch eine Reduktion der Bestimmungen in § 2 Absatz 6 und § 13a Absatz 2 LHG.

7.10.2025

Dr. Rülke, Dr. Schweickert und Fraktion

Begründung

Deutschland und Baden-Württemberg leiden unter einer maßlosen Überbürokratisierung: Zu viele Formulare, zu kleinteilige Berichtspflichten und zu umfangreiche Dokumentationsanforderungen. Selbst in den Verwaltungen müssen mittlerweile Regeln bewusst ignoriert werden, um handlungsfähig zu bleiben. Auch Bundeskanzler Friedrich Merz hat dazu aufgerufen, „dieser Maschine in Brüssel jetzt mal das Stöckchen in die Räder halten, damit das mal aufhört“ (dpa vom 26. September 2025).

Denn die Überbürokratisierung erstickt unsere Wirtschaft, zerstört Kreativität und verhindert freie Entfaltung. Das alles nagt an der Basis unseres Wohlstands. Für die FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg ist es längst Fünf nach Zwölf! Der Bürokratie-Kollaps muss beendet werden!

Daher fordern wir schnelle Entlastungsmaßnahmen für kleine und mittelständische Unternehmen sowie insbesondere das Handwerk. Mit diesem Antrag stellen wir zu diesem Zweck sieben konkrete Schritte zur Abstimmung, die das Land Baden-Württemberg sofort ergreifen kann, um den Bürokratie-Kollaps zu beenden.